

Verteiler Waffenrecht

FDP  
FRAKTION IM  
BAYERISCHEN  
LANDTAG



Dr. Andreas Fischer, MdL

Stv. Vorsitzender, Sprecher  
für Innen- und Rechtspolitik

5. Februar 2013 (AF/ufa)

## Überprüfung von Besitzern legaler Waffen durch den Verfassungsschutz **FDP: Keinen Generalverdacht gegen rechts- treue Waffenbesitzer!**

Der stellvertretende Vorsitzende und innenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag, Dr. Andreas Fischer (Abensberg), spricht sich aus aktuellem Anlass gegen eine erneute Verschärfung des Waffengesetzes zu Lasten der rechtstreuen Jäger, Sportschützen und Waffensammler aus: „Wieder einmal soll das Kind mit dem Bade ausgeschüttet werden: Weil es in einem Einzelfall einen Extremisten mit einer waffenrechtlichen Erlaubnis gegeben haben soll, sollen gleich alle Besitzer legaler Waffen wieder einmal unter Generalverdacht gestellt und verstärkt geprüft werden.“

Gegen die Stimme Bayerns hat der Bundesrat am vergangenen Freitag (1. Februar 2013) eine Änderung des Waffengesetzes auf den Weg gebracht (Drucksache 744/12). Nach dem Willen der Mehrheit der Bundesländer sollen die Waffenbehörden künftig bei der Zuverlässigkeitsprüfung auch Auskünfte von Verfassungsschutzbehörden abfragen. Begründet wird dies damit, dass – so wörtlich – der legale Waffenbesitz von Extremisten ein erhebliches sicherheitspolitisches Problem sei. „Ich freue mich sehr, dass ich die Bayerische Staatsregierung von meiner Auffassung überzeugen konnte und Bayern deshalb im Bundesrat der Waffengesetzverschärfung die Zustimmung verweigert hat. Denn der bürokratische Aufwand der Regelüberprüfung bei den Verfassungsschutzbehörden wäre enorm, wohingegen ein praktischer Sicherheitsgewinn nicht erkennbar ist“, so Fischer wörtlich.

„Wer immer noch nicht begriffen hat, dass der legale Waffenbesitz kein Sicherheitsproblem ist, sondern illegale Waffen und überforderte, ineffiziente Verfassungsschutzbehörden, die bei der NSU-Mordserie nach Strich und Faden versagt haben, schadet gleichermaßen dem Vertrauen in den Rechtsstaat und der inneren Sicherheit“, schloss der FDP-Innenexperte.